

„Mit Wumms und Köpfchen!“

Industrie- und Wirtschaftspolitik für Thüringen:

Schutzschirme für gefährdete Branchen und Beschäftigte,
Umsteuern auf eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft

Thomas Engel, Johanna Sittel, Christian Schädlich und Klaus Dörre



ZUSAMMENFASSUNG

Angesichts der Herausforderungen der Pandemie-Krise ist jetzt kräftig und gezielt in eine koordinierte Industrie- und Wirtschaftspolitik zu investieren. Dieses Engagement bewahrt vor Massenarbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten. Und es bietet die Chance, auf eine ökologische Wirtschaft umzusteuern.

Die sich abzeichnenden sozialen und ökonomischen Verwerfungen in vielen Industrie- und Dienstleistungsbranchen geben die kurzfristigen Maßnahmen vor: Krisenhilfe vor allem für beschäftigungsstarke Bereiche, Unterstützung bei der Neuausrichtung von Geschäftsmodellen, Verlängerung und Ausweitung der Kurzarbeit, auch auf Bereiche der Kultur- und Kreativbranchen, sowie Förderung von Unternehmenszusammenschlüssen. Mittelfristig ist ein digitales und soziales Upgrading anzustreben: Förderung von Innovationen zusammen mit der Digitalwirtschaft, Ermöglichung von Kooperations- und Kapitalzugängen, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Homeoffice, Öffnung der Hochschulen für berufliche Weiterbildung und eine Aufwertung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

Langfristig geht es um die Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Wachstums in einer Kreislaufwirtschaft: Entwicklung zukunftsfähiger, langlebiger, bedarfsgerechter Güter, Einrichtung von Modellregionen als Impulsgeber z.B. für neue Mobilitäts- und Verkehrskonzepte. Nicht auszuschließen ist, dass angesichts des Krisenverlaufs weitere staatliche Interventionen notwendig werden. In jedem Fall braucht es zur Flankierung dieser Maßnahmen gesellschaftlicher Debatten und konkreter Mitsprachemöglichkeiten für breite Teile der Krisenbetroffenen und der Zivilgesellschaft.

AUTOR*INNEN²:

Thomas Engel, Johanna Sittel, Christian Schädlich und Klaus Dörre³

ZeTT-Diskussionspapiere Analyse, Nr. 3/2020

Die Reihe wird herausgegeben von:

Prof. Heike Kraußlach (Ernst-Abbe-Hochschule Jena) und
Prof. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena).

ZeTT im Netz:

www.zett-thueringen.de | twitter.com/ZentrumZeTT | forschung@zett-thueringen.de



© Jena, 28. Juli 2020

¹ Dies ist ein erster Entwurf zur Diskussion, Stand 28.07.2020. Die Fertigstellung und Drucklegung erfolgt voraussichtlich im August 2020.

² Ein herzliches Dankeschön für die ausführlichen Kommentare und die statistischen Auswertungen zur Unterstützung der Argumentation geht an die ZeTT-Kolleg*innen, insbesondere an Martin Ehrlich, Nóra Fülöp und Manfred Fuchtenkötter.

³ Klaus Dörre ist Universitätsprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena und verantwortet den Bereich Wirtschafts-, Arbeits- und Industriesoziologie. Zusammen mit Heike Kraußlach (Ernst-Abbe-Hochschule Jena) leitet er seit 2020 das ZeTT – Zentrum Digitale Transformation Thüringen. Christian Schädlich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZeTT/FSU Jena mit den Schwerpunkten Digitalwirtschaft und Regionalentwicklung. Johanna Sittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZeTT/FSU Jena mit den Schwerpunkten Transformation der Autozulieferindustrie, betriebliche Mitbestimmung und Gestaltung. Thomas Engel leitet die ZeTT-Geschäftsstelle, seine Schwerpunkte sind Digitalisierung, Arbeits- und Qualifikationswandel.

AUFTAKT FÜR EINE DEBATTE ÜBER POLITIK IN UND NACH DER CORONA-KRISE

Die „Bazooka“ zur Finanzierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wurde abgefeuert, Europäische Union und Bundesregierung stellen Milliarden für die Bewältigung der Corona-Krise bereit. Jetzt kommt es darauf an, wie kraftvoll diese Mittel zur Realisierung politischer Programme eingesetzt werden. Mit „Wumms“ aber auch mit Intelligenz gezielt in eine koordinierte Industrie- und Wirtschaftspolitik zu investieren, bewahrt vor Massenarbeitslosigkeit, Unternehmenspleiten und bietet die Chance zu einer nachhaltigen Umsteuerung der Wirtschaft.

Für eine solche Debatte über Politik in und nach der Corona-Krise möchten wir am Beispiel Thüringens - hoffentlich aber auch mit bundespolitischer Relevanz - einige Argumente und Vorschläge liefern. In den Bereichen Industrie-, Innovations-, Digitalisierungs- und (Weiter-)Bildungspolitik kann Thüringen jetzt entscheidende Impulse setzen. Durch die Neubestimmung und Erweiterung von Interventions- und Investitionsspielräumen des Freistaates lassen sich vorhandene Branchenpotenziale für ein Umsteuern in Richtung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft nutzen, die den Bürger*innen des Landes eine Zukunftsperspektive bietet.

DAS KRISENENDE GESTALTEN STATT UNGEWISSEIT OHNE ENDE

Während sich das Epizentrum der Corona-Pandemie von Europa in andere Erdteile verlagert, machen sich nun - auch in Thüringen - die wirtschaftlichen Folgen stärker bemerkbar. Der Internationale Währungsfonds spricht von einer „Jahrhundertkrise“; der Zeitpunkt wirtschaftlicher Erholung sei völlig ungewiss. Die OECD rechnet damit, dass sich die Wirtschaftskrise in den Industriestaaten bis 2023 hinziehen wird. Obwohl im internationalen Vergleich relativ krisenrobust, befindet sich auch die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Rezession. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um bis zu 9,4 Prozent; das Vorkrisenniveau werde frühestens 2022 erreicht. Über das „Nach Corona“ lässt sich trefflich spekulieren, es kommt jetzt darauf an den Ausstieg aus der Krise aktiv herbeizuführen und zu gestalten. Zwei Maßgaben sollten dabei leitend sein: weitere soziale Verwerfungen müssen vermieden und stabile Grundsteine für ein lange diskutiertes, ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsmodell gelegt werden Angesichts der sozialen, ökonomischen und ökologischen Hypothesen, die in den vergangenen Jahren angehäuft wurden, verbietet sich ein bloßes „Weiter so“. Dafür braucht es eine kurz-, mittel- und langfristige Perspektive, die mit entsprechendem Nachdruck und finanziellem Aufwand (Wumms!), aber auch mit intelligenten industriepolitischen Interventionen, die Chance eröffnet, einen nachhaltigen Ausweg aus der Krise zu gestalten. Denn ein Zurück zu alten, vermeintlich stabilen Geschäftsmodellen erweist sich jetzt gerade nicht als Option mit Zukunft⁴.

MASSIVE SOZIALE UND ÖKONOMISCHE VERWERFUNGEN

Im Juni 2020 wurde für etwa zwölf Millionen Menschen in Deutschland Kurzarbeit angemeldet; real in Kurzarbeit waren nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit im März knapp 2,5 Millionen Beschäftigte. Im April stieg die Zahl auf 6,8 Millionen an⁵. Trotz des bewährten Instruments zur Beschäftigungssicherung planen Unternehmen großvolumigen Stellenabbau. Jedes fünfte Unternehmen fürchtet um seine Existenz⁶, in Thüringen sind etwa ein Drittel (35%) der Firmen teilweise oder unmittelbar bedroht⁷.

⁴ FAZ 2020

⁵ BA 2020

⁶ Ifo 2020

⁷ ZeTT-Radar 2020

Dies vor Augen muss sich auch die Thüringer Wirtschaft auf einen krisenhaften Umbruch einstellen, der lange anhalten könnte. Schon jetzt sehen wir:

- **keine Entspannung für Unternehmen in Sicht: 40% der Thüringer Unternehmen erwarten bis September eine Verschlechterung ihrer Geschäftssituation.** Für 38% bleibt die Lage im Vergleich zur aktuellen Situation (Juni 2020) unverändert. Nur 22% rechnen mit einer Verbesserung nach den Schließungsmonaten.⁸ Eine positive Dynamik ist auch deshalb nicht zu erkennen, weil etwa ein Drittel der Unternehmen bis September keine Investitionen plant, im verarbeitenden Gewerbe sind es sogar 48%.⁹
- **massive Umsatzrückgänge zunächst durch fehlendes Inlandsgeschäft, zunehmend durch einen blockierten Außenhandel:** So ist die Thüringer Industrie konfrontiert mit Auftragseinbrüchen von Januar bis Mai um durchschnittlich 13%. Einzelne Branchen wie die Kraftwagen- und -Teilehersteller weisen ein Auftragsminus bis zu 25% aus¹⁰ - hier verstellen die sehr positiven ersten zwei Monate den Blick auf den einschneidenden Pandemie-Effekt. Im Mai sanken die Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat, bei Vorleistungsgütern um knapp 31% und bei den Investitionsgüterproduzenten noch stärker um 40%.¹¹ Die in Thüringen beschäftigungsstärksten Branchen sind am stärksten betroffen. So verzeichnen Auto- und Autozulieferindustrie 57% Umsatzeinbußen, die Hersteller von Metallerzeugnissen realisierten Verluste von 43% und der Maschinenbau hat Umsatzrückgänge von 35% im Vergleich zum Vorjahresmonat Mai.¹² Die besonders schlechten Zukunftserwartungen Thüringer Unternehmen korrespondieren im Juni mit negativen oder unverändert bleibenden Exporterwartungen¹³. Somit ist der jährliche Beitrag der exportgetriebenen Wirtschaft Thüringens von fast einem Drittel (31%) erheblich bedroht¹⁴. Ausbleibende Aufträge ziehen Kurzarbeit nach sich, mittelfristig also Arbeitsplätze, aber auch die Thüringer Gewerbesteuerausfälle sind bereits jetzt in der Größenordnung von 28% absehbar.¹⁵
- **Kurzarbeit in einer so noch nicht gekannten Größenordnung: Bis Mai beantragten Thüringer Unternehmen für 296.700 Beschäftigte Kurzarbeitergeld.**¹⁶ Bereits im März befanden sich knapp 65.000 Beschäftigte in Thüringen in Kurzarbeit.¹⁷ In der deutschen Metall- und Elektroindustrie sind 73% der Betriebe von Kurzarbeit betroffen; 14% haben oder erwarten Liquiditätsengpässe und etwa 5% erwägen einen Stellenabbau.¹⁸ Deutlich häufiger stehen in Thüringen die Zeichen - bis September bei 22% der Unternehmen - auf Personalabbau.¹⁹
- **steigende Arbeitslosigkeit: Trotz Kurzarbeit stieg die Quote bis Juni auf über 6%; 70.600 sind bei der Agentur arbeitslos registriert** - diese Zahl ist größer als alle Beschäftigten der gesamten Thüringer Auto- und Autozulieferindustrie 2019 zusammen.
- **eine erhebliche Existenzgefährdung für die Kreativ- und Kulturwirtschaft**, deutschlandweit 1,7 Millionen Gesamterwerbstätige²⁰, thüringenweit 22.400 Erwerbstätige, die 2008 einen Umsatz von 1,64 Milliarden Euro erwirtschafteten²¹. Dazu gehören auch Veranstalter, Kinos, Bühnenkünstler, Medien- und Filmschaffende. Ähnlich wie für Messen, das Hotel- und Gaststättengewerbe und den Tourismus sind hier aufgrund der Schutzmaßnahmen nicht mehr die Konsumentenzahlen, Teilnehmer und Abnehmer dieser Dienstleistungen zu erreichen.

⁸ ZeTT-Radar 2020, ⁹ ZeTT-Dynamik-Radar 2020

¹⁰ TLS 2020a, ¹¹ TLS 2020b, ¹² TLS 2020b

¹³ ZeTT-Beschäftigungsradar 2020, ¹⁴ ZeTT-Analyse 2/2020

¹⁵ IW 2020

¹⁶ Andere Thüringer Krisenjahre zum Vergleich: 1992 zum Höhepunkt der Deindustrialisierung und Restrukturierung der Wirtschaft befanden sich fast 50.000 in Kurzarbeit (TLS). 2009 als Folge der Finanzkrise gingen mehr als 80.000 in Kurzarbeit (IAB).

¹⁷ BA 2020

¹⁸ IGM-Unternehmensbefragung 2020

¹⁹ ZeTT-Beschäftigungsradar 2020

²⁰ BMW 2020, ²¹ TMWAT 2011

Absehbar ist: Die Schutzwirkung der Kurzarbeit wird bei anhaltender Krise nachlassen, die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Die Corona-Maßnahmen anderer Länder könnten die Märkte und Lieferketten immer wieder destabilisieren, mit negativen Folgen für die Bilanzen der Unternehmen und das Steueraufkommen des Landes. Viele Betriebe stocken bereits jetzt nicht über die 60% vom letzten Lohn oder Gehalt hinaus auf; das wird zu erheblichen Einkommensverlusten bei Beschäftigten führen. Die daraus resultierenden negativen Konsumeffekte drücken weiter auf den Handel. Wegen so entstehender Liquiditätsprobleme von Selbständigen, Unternehmen und Kommunen wird im Herbst eine Welle an Insolvenzen drohen²². Die Abwärtsdynamik ist nur zu durchbrechen, wenn die Krisensymptome kurzfristig behandelt, mittelfristig der Bestand bedrohter Unternehmen und Arbeitsplätze gesichert und langfristig eine Weichenstellung in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens vorgenommen wird. Was ist dafür zu tun?

KURZFRISTIG: SCHUTZSCHIRME FÜR BETRIEBE, BELEGSCHAFTEN, SELBSTÄNDIGE

Die aktuelle Kündigung hunderter Mitarbeiter*innen in der Autozulieferregion Westthüringens trifft die dortige Industrie hart und scheinbar unvorbereitet. Eben noch mit vollen Auftragsbüchern beschäftigt²³ - das Jahr 2020 startete in Thüringen richtig gut -, steht sie nun keineswegs nur pandemiebedingt vor einer riesigen Herausforderung: Wegbrechende Umsätze und Exporte müssen durch neue Produkte und Geschäftsmodelle kompensiert werden. Obwohl lange schon Ideen für eine Mobilitäts- und Verkehrswende diskutiert werden, gibt es kaum betriebliche Konzepte dazu. Die Politik hatte sich bisher auf wenige Ansiedlungsprojekte (Batteriefertigung) konzentriert, den Umbau der Industrie jedoch nicht forciert. Das böse Erwachen bei manchem Autozulieferer ereilt in der Folge auch die Maschinen- und Anlagenbauer, die Kunststoffindustrie, die Textilbranche. Die Existenzfrage steht für zahlreiche Unternehmen im Raum²⁴.

Deshalb sind jetzt dringend Kompensationen von Umsatzausfällen als Grundlage für eine Sanierungs- und Transformationsperspektive für beschäftigungsstarke Bereiche geboten. **Krisenhilfe** in der Größenordnung der schlagartig ausgesetzten und oder gänzlich weggebrochenen Aufträge ist jetzt gefragt. Thüringen kann es sich nicht leisten, beschäftigungsstarke Branchen in ihrem Bestand zu gefährden. Der sozialstaatlich auszugleichende Schaden für die verlorenen Arbeitsplätze wäre auf Dauer ungleich größer als die zu leistenden Kompensationen. Zugleich sind **Perspektiven und neue Geschäftsmodelle** von den betroffenen Unternehmen zu entwickeln.

Dabei reden wir nicht nur von exportbedingten Umsatzausfällen, sondern auch von Kultur- und Veranstaltungsbereichen, die pandemiebedingt nicht mehr ihre Besucherzahlen erreichen können. Eine Verlängerung der Kurzarbeit und die Einbeziehung des Kulturbereiches ist für einen solchen Schutzschirm entscheidend.

Weiter beschäftigen statt entlassen, ist das Gebot der Stunde! Damit es nicht zu Mitnahmeeffekten oder verschleppten Insolvenzen sondern zu Beschäftigungsperspektiven kommt, ist damit die Unterstützung und Entwicklung langfristiger Geschäftsmodelle zu verbinden.

²² IW-Policy Paper 15/2020

²³ KonvAT-Bericht 2019

²⁴ ZeTT-Radar 2020

Um die Anfälligkeit kleinbetrieblicher Strukturen gegenüber raschen Marktveränderungen zu reduzieren und die Liquidität zu sichern, kann die **Förderung von Unternehmenszusammenschlüssen** sinnvoll sein.²⁵ Dafür ist auszuloten, wie sich politische Mehrheiten für **Beteiligungen des Staates an Schutzschirmen und für Mitsprache über Geschäftsbedingungen und für Gute Arbeit** organisieren lassen. Mit sozialer Sicherheit für große Teile bedrohter Belegschaften kann die Zustimmung zu betrieblichen Veränderungen gewonnen werden. Das wäre für neue Geschäftsmodelle dringend geboten, gerade wenn sie - wie im Falle der Autoindustrie langfristige ökologische Ziele - in den Blick nehmen. Eine zunehmende Gegnerschaft, wie die Restrukturierung in anderen Kohle- und Autoregionen gezeigt hat²⁶, verlängert die Krisensymptome und führt letztlich zu Arbeitsplatzverlusten.

MITTELFRISTIG: DIGITALES UND SOZIALES UPGRADING

Die Digitalwirtschaft gilt als ein Gewinner der Pandemie. Das ergibt sich auch aus den optimistischeren Erwartungen der IT-Unternehmen im „ZeTT-Radar“²⁷. Stärken stärken als Gebot der Stunde, eröffnet Spielräume in der Bewältigung der Krise, die bisher noch zu wenig beachtet werden. Weil IT sowohl als Vorleistung, für die betriebliche Prozesssicherheit sowie für höhere Effizienz als auch für die Realisierung von Marktzugängen funktioniert, liegt hier auch ein Schlüssel für die Wiederbelebung traditioneller Wirtschaftszweige. Dafür braucht es jedoch dringend einer Stärkung der Innovationskraft und der Investitionsbereitschaft von Unternehmen, die bisher kaum in die Digitalisierung investiert haben, gerade in Krisenzeiten. Die Investitionsbereitschaft steigt mit den finanziellen Handlungsspielräumen, also dem Zugang zu Kapital, der im Moment für die Preisstruktur von spezifischen Apps und bedarfsgerechten Digitallösungen für KMU häufig nicht gegeben ist. Die **Verzahnung von KMU verschiedener Branchen mit der Digitalwirtschaft** gelingt durch die **Förderung von Kooperationen, Innovationen und Kapitalzugängen**. Entsprechende Programme zur Stärkung von Forschung und Entwicklung (FuE) und Investitionen müssen aufgestockt und weiterentwickelt werden. Die zunehmende Digitalisierung bedarf nicht nur einer funktionierenden Infrastruktur aus hoher Bandbreite und Mobilfunkabdeckung, sondern auch sinnvoller Anwendungen. Die Digitalisierung selbst bietet Potenziale, die bisher zu wenig genutzt wurden - mit einer Ausnahme: Homeoffice und mobile Arbeit sind pandemiebedingt gefragt wie noch nie.

So haben mobile Arbeit und der plötzliche Homeoffice-Zwang für einige Berufsbereiche zur massenhaften Verbreitung von Videokonferenzen und gemeinsamer Arbeit in der Cloud geführt. Tatsächlich sind diese Arbeitserfahrungen aber auch als ambivalent zu bewerten. So muss Arbeit nicht mehr ausschließlich im Betrieb stattfinden und private Ansprüche an verfügbare Zeit sind mit den Forderungen des Chefs oder der Chefin vereinbar. Die dafür grundlegende Digitalisierung weist jedoch noch zahlreiche Baustellen auf. Viele Erfahrungen mit mobiler oder Homeoffice-Arbeit drehen sich um technische Probleme, um fehlende Regelungen für Arbeitszeit, Datenschutz, Ergonomie und Gesundheitsschutz. Das sind eigentlich bekannte Mängel, die zum Beispiel auch für Bau-, Handwerk- und Industriearbeitsplätze gelten, die sich nicht ohne weiteres in den virtuellen Konferenzraum oder in die Cloud verlagern lassen. Hier kann die Verbindung einer alten gewerkschaftlichen Forderung des **Rechts auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz** mit einem verstärkt diskutierten **Recht auf Homeoffice** frischen Wind in die Betriebe aller Branchen bringen.

²⁵ vgl. IG Metall Sachsen 2020

²⁶ Bose u.a. 2019

²⁷ ZeTT-Radar 2020

Neue berufliche Anpassungsstrategien werden plötzlich auch aufgrund steigender Insolvenzbedrohungen und Unternehmenskrisen erforderlich. Für viele Beschäftigte, aber auch für Berufseinsteiger und Arbeitssuchende können Digitalisierung oder beispielsweise eine ökologische Neuausrichtung von Produkten und Dienstleistungen als Chancentreiber wirken. Die bereits vor der Krise dünne Fachkräftebasis für technologisch getriebene Veränderungen könnte in der jetzigen Situation ausgeglichen werden. Qualifizierungsbedarf zu ermitteln und Lücken zu schließen, kann mit einer Reduzierung von Arbeitszeit in Angriff genommen werden. Für einfache Facharbeiter*innenberufe, die aufgrund der schwachen Stellung von Thüringer KMU in den internationalen Wertschöpfungsketten besonders gefährdet sind, bedarf es einer breiteren Angebotspalette für berufliche Entwicklungsperspektiven. Hierfür neben einem **Ausbau der Berufsbildungs- und Weiterbildungs- auch Hochschulkapazitäten** bereitzustellen, bringt entscheidende Vorteile mit sich. Bei sinkenden Studierendenzahlen wird eine etablierte Bildungsinfrastruktur intensiver genutzt, der soziale **Austausch zwischen Hochschulen und Berufswelt** wird angeregt, die regionale Strahlkraft von Forschungs- und Gründeraktivitäten kann verbessert werden. Eine solche Öffnung des Lehrangebots bedarf vieler rechtlicher Klärungen, wie die Sicherstellung des Zugangs ohne Abitur. Für die Realisierung von Bildungskarenzzeiten für viele Berufsgruppen gibt es in einigen Ländern gute Vorbilder.

Solche Qualifizierungswege und -ziele bedürfen einer breiten gesellschaftlichen Diskussion: Welche Aufgaben sollten Hochschulen und betriebliche Aus- und Weiterbildung leisten? Gewerkschaften, Beschäftigte und Arbeitgeber haben hier ein gemeinsames Interesse, gesellschaftliche Debatten zu gestalten. Deren Ergebnisse und Ziele können in Form eines breiten Qualifizierungspaktes fixiert werden, wie es die bayerischen Gewerkschaften und Arbeitgeber aktuell in einer Vereinbarung mit ihrer Landesregierung mit verabredeten 50.000 Qualifizierungsmaßnahmen medienwirksam beschlossen haben.

Auch die **Sozial- und Gesundheitswirtschaft** muss in solche Upgrading-Überlegungen einbezogen werden. Es braucht hier neben Qualifizierungsperspektiven vor allem Tarifverträge, die die Konkurrenz über die Arbeitskosten verringert. Denn der Arbeitsmarkt hat sich aufgrund der demografischen Entwicklung zum Beispiel im Thüringer Erziehungs- und Pflegebereich zu einem Nachfragemarkt entwickelt. Das heißt, die Arbeitslosigkeit hat sich seit mehr als einem Jahrzehnt deutlich verringert. Bereits heute kann dort jede fünfte Lehrstelle aufgrund eines Mangels an Bewerbern nicht besetzt werden. Mit einer Verschärfung der Situation ist zu rechnen, weil es demografisch so weitergeht und tariflich keine substanzielle Änderung der Lohnniveaus in Sicht ist. Ein Treiber dieser Entwicklung ist die geringe Finanzkraft von Kommunen. Das führt zu einer Bevorzugung der günstigsten Träger, was die freien Träger unter Druck setzt. Zugleich halten sie dieses Prinzip durch Unterbietungswettbewerbe und Konkurrenzkämpfe in Gang. In der Folge expandieren in Thüringen die Träger mit den geringsten Löhnen am stärksten.²⁸ Die Ausschreibungspraxis, wonach der Preis vorrangig entscheidet, muss zu Gunsten von Qualitätskriterien geändert werden. Lohnkonkurrenz hat in Bereichen wie der Sozial- und Gesundheitswirtschaft nichts zu suchen. Gebraucht wird ein beruflicher Sektor, der echte Alternativen zu langfristig wenig zukunftsträchtigen Industriebranchen bereithält - zumal auch hier Digitalisierungspotenziale und somit neue Verbindungen von sozialen mit technischen Berufsfeldern entstehen. Diese Aufwertung bedeutet nicht nur, dass sich künftig im Sozial- und Gesundheitsbereichen **Löhne zum Leben** erzielen lassen, sondern zugleich die **Attraktivität und gesellschaftlichen Anerkennung** dieses Berufsfeldes für alle Geschlechter steigt. Statt eines Krisenszenarios aus dem Zusammenbruch der traditionellen Autoindustrie entstünde dann eine Entwicklungsperspektive durch den erfolgreichen Strukturwandel hin zu einer ausgebauten Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

²⁸ ZeTT-Analyse 1/2020

LANGFRISTIG: GRÜNE WIRTSCHAFT ENTWICKELN – DAS BEISPIEL NACHHALTIGER MOBILITÄT

Für die Autoindustrie lässt sich beispielhaft eine weitere alternative Entwicklung umreißen, die langfristig als ein Szenario für ein nachhaltiges, grünes Wachstum funktionieren kann. Nicht nur Thüringen fehlt dazu bisher eine intelligente Industrie- und Strukturpolitik. Das rächt sich in einer Krise, die nicht nur lange andauern, sondern auch Wertschöpfungsketten, Produktions- und Konsumnormen dramatisch verändern wird. Repräsentanten der Thüringer Auto- und Zulieferindustrie sprechen es offen aus: Mit Karosserie und Motor wird sich in Zukunft kaum noch Geld verdienen lassen. Die Wertschöpfung erfolgt absehbar über digitale Technik, Sensorik, Software, also das hochtechnologische Innenleben eines PKW. Das bedeutet keinen Abschied vom Auto, denn ohne Auto wird Mobilität gerade auf dem Lande nicht funktionieren. Doch die PKW der Zukunft müssen auf soziale Bedürfnisse zugeschnitten sein. Nicht jede einzelne Person benötigt ein privates Auto; einem kleinen Dorf mit alternder Bevölkerung genügen vielleicht wenige einfach zu programmierende Fahrzeuge, die bei Bedarf ausgeliehen werden können.

Die Fahrt im PKW muss in nachhaltige Mobilitätssysteme eingebettet sein. Derartige Systeme kombinieren die Bahn, kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr, Fahrrad und den Gang zu Fuß in optimaler Weise. Das Auto der Zukunft wird hier ebenfalls seinen Platz haben. In der Stadt genügen Kleinfahrzeuge; nur die längere Urlaubsreise benötigt ggf. einen größeren PKW. Künftig wird es darauf ankommen, das richtige Fahrzeug bzw. Transportmittel für den jeweiligen Zweck verfügbar zu haben. Über den Verkehrssektor hinaus geht es um nachhaltige Mobilität als Kernthema koordinierter Regionalentwicklung.

Gefragt sind **zukunftsfähige, bedarfsgerechte Produkte und Dienstleistungen**, die zugleich eine relative Immunität gegenüber Export- und Globalisierungsrisiken aufweisen. Mobile Speichertechnologien (Batterien) zu entwickeln, hält neue Jobs bereit - dafür gibt es erste Ansiedlungen und angedockte Forschungsstrukturen. Genauso intensiv ist über die Rückführung von Batterien in vollständige Wirtschafts- und Ressourcenkreisläufe nachzudenken, auch hier steckt ein Potenzial für Arbeitsplätze.

In Richtung Bund und Europa müsste eine Initiative für eine **nachhaltige Mobilitätsregion** vorbereitet und um Unterstützung geworben werden. Bereits vorzuweisende Aktivitäten können verknüpft werden (Wasserstoff-Forschung, Industrie 4.0-Beratung, ÖPNV-Strukturen u.ä.). Unterschiedliche Land- und Stadt-Regionen leisten verschiedene Beiträge für die Lösung bedarfsgerechter Mobilität. Diskussionen um **Mobilitätsbudgets, Verkehrsvermeidung, Kaufanreize** für Fahrräder und E-Bikes²⁹ müssten sich dementsprechend anschließen und gefördert werden. Entsprechende Programme können den Umbau der Automobilkonzerne flankieren. Dabei eine Beteiligung für Beschäftigte, Verbraucher*innen, Bewohner*innen verschiedener Regionen und andere Betroffene des Strukturwandels zu organisieren, kann neue Spielräume öffnen. Um regional eigene Wege einschlagen und experimentieren zu können, vielfältige Gründungen anzustoßen usw., bedarf es jedoch eines langen Atems und vieler infrastruktureller Weichenstellungen, wie im folgenden kurzen Ausblick deutlich wird. Dies bietet viele Chancen auf den Erfolg einer solchen Nachhaltigkeitsstrategie.

²⁹ vgl. Verkehrswendebüro/Innovationsmanufaktur o.J.

AUSBLICK: ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUREN, REGIONALE NACHHALTIGKEIT, STÄRKUNG DER DEMOKRATIE

Eine nachhaltige Wirtschaft benötigt zwingend strukturpolitische Komponenten. Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energieversorgung und Zugang zum Internet müssen - möglichst als öffentliche Güter - für alle verfügbar sein. Dies zu gewährleisten, wäre die Aufgabe lokaler und regionaler **Nachhaltigkeitsräte**, die demokratische Verfahren institutionell verankern und erweitern. Solche Räte dürfen sich nicht allein aus den Repräsentationen von Arbeit, Kapital und Staat zusammensetzen. Um korporative Verkrustungen zu durchbrechen, wäre es ihre Aufgabe, auch Graswurzelbewegungen, Umweltverbände, Frauenorganisationen, Stadtteilinitiativen, Menschenrechtsgruppen, NGOs und ähnliche zivilgesellschaftliche Gruppen an grundlegenden politischen Weichenstellungen zu beteiligen. Nachhaltigkeitsräte würden dazu beizutragen, Transparenz bei regionalen Lebensbedingungen herzustellen und Investitionsentscheidungen anhand von Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen. Eine Verankerung von Nachhaltigkeitszielen in Grundgesetz, aber auch in Tarifverträgen und der Betriebsverfassung könnte ihre Wirkmächtigkeit zusätzlich erhöhen. Als eine naheliegende Aufgabe könnten Nachhaltigkeitsräte den Einsatz der Fördermilliarden einer demokratischen Kontrolle unterziehen.

Die Krise erfordert, rasch auf neue Entwicklungen zu reagieren. Das darf nicht heißen: Vorwärts in die Vergangenheit. Das Abrücken selbst von Kernarbeitsnormen der ILO, wie reflexhaft aus Wirtschaftskreisen gefordert wird, wäre das falsche Signal. Was bringt eine Aufweichung der Arbeitszeit und mehr Wochenendarbeit im Handel bei sinkender Kaufkraft? Stattdessen muss es jetzt um Weichenstellungen für die Zukunft gehen. Ökologisch nachhaltiges Wachstum oder ein Green New Deal kann für Thüringen echte Entwicklungspotenziale freisetzen. Für einen Fortgang der Krise wäre es allemal besser, mit einer solchen Zielstellung politisch und ökonomisch transparent zu navigieren.

Denn nimmt die Rezession jenen dramatischen Verlauf, den OECD und IWF prognostizieren, werden alsbald noch ganz andere Maßnahmen nötig sein. Dann diskutieren wir über **staatliche Beteiligungen** an strategisch wichtigen Unternehmen - wie seinerzeit bei SAMAG und Jenoptik erfolgreich praktiziert. Ohne solche Beteiligungen wird die Krise dann nicht zu meistern sein. Das Lufthansa-Beispiel liefert allerdings kein gutes Vorbild für solche Beteiligungen, weil sie nicht mit einer Umverteilung von Entscheidungsmacht verbunden ist, die den Übergang zu einem nachhaltigen Geschäftsmodell fördern könnte. Anders gesagt: Steuergelder sollten nur gezahlt werden, wenn Mitarbeiter*innen, Konsument*innen und andere betroffene gesellschaftliche Gruppen am Unternehmen und dessen strategischen Entscheidungen beteiligt werden. Was bei Nichtberücksichtigung legitimer Interessen passiert, zeigt ein anderes aktuelles Beispiel: das System Schlachthof, das Tiefstpreise auf Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen von Produzenten ermöglicht. Das Tönnies-Prinzip ist im Grunde überall, wo Gewinn trotz niedriger Preise mit Hilfe von Überausbeutung und prekärer Beschäftigung realisiert wird. Wir finden das in der Landwirtschaft, im Einzelhandel, der Logistik-Branche und vielen anderen Bereichen.

Das lässt sich nur ändern, sofern nachhaltig erzeugte Güter zu fairen Preisen auch für die kleinen Portemonnaies erschwinglich werden. Deutliche Lohnerhöhungen und Entlastungen in den unteren Einkommensklassen sind dafür unabdingbar. Im Endeffekt würden weniger, aber deutlich höherwertige Produkte und Dienstleistungen konsumiert. Weit über die Nahrungs-, Luftfahrt- und Autoindustrie hinaus geht es also darum, auf eine Produktion langlebiger, ökologisch nachhaltiger Güter umzustellen, die nicht auf Kosten von Natur und Produzenten hergestellt werden.

LITERATUR

- **(BA 2020):** Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet)- Deutschland, Länder Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit und Kreise (Monatszahlen), Juni 2020 Deutschland, https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32018/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=20128&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen (Abruf: 26.07.2020).
- **(Bose u.a. 2019):** Sophie Bose, Klaus Dörre, Jakob Köster, John Lütten, Nelson Dörre, Armin Szauer: Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz (Studien 4/2019), 89-112
- **(BMW 2020):** Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Laufende Beobachtungen (Stand: 26.03.2020). Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie. Ökonomische Auswirkungen anhand einer Szenarioanalyse, https://kreativ-bund.de/wp-content/uploads/2020/03/200326_Kurzpapier_Betroffenheit_KKW_Corona.pdf (Abruf: 24.07.2020)
- **(FAZ 2020):** Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2020: Neues 80-Milliarden-Euro-Paket: Schäuble findet Autokaufprämien „phantasielos“, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/corona-schaeuble-findet-autokaufpraemien-phantasielos-16793984.html> (Abruf: 24.07.2020)
- **(IG Metall Sachsen 2020):** 4-Punkte-Plan der IG Metall zur Sicherung des Industriestandorts Sachsen. https://www.igmetall-bbs.de/fileadmin/user/Dokumente/2020/2020_06_11_PM_4-Punkte.pdf (Abruf 24.07.2020)
- **(IFO 2020):** IFO München: IFO Geschäftsklima Deutschland. Ergebnisse der IFO Konjunkturumfragen im April 2020, <https://www.ifo.de/sites/default/files/secure/umfragen-gsk/ku-202004/ku-2020-04-pm-geschaeftsklima-DT.pdf> (Abruf: 27.04.2020)
- **(IW-Policy Paper 15/2020):** Martin Beznoska, Björn Kauder 2020: Schief lagen der kommunalen Finanzen. Ursachen und Lösungsansätze. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2020/IW-Policy-Paper_2020_Kommunale_Finanzen.pdf (Abruf 24.07.2020)
- **(TLS 2020a):** Thüringer Landesamt für Statistik, 17.07.2020: Weiterhin starke Auftragsrückgänge in der Thüringer Industrie (Pressemitteilung 178/2020), https://www.statistik.thueringen.de/presse/2020/pr_178_20.pdf (Abruf: 24.07.2020)
- **(TIS 2020b):** Thüringer Landesamt für Statistik, Ausgewählte Merkmale nach Wirtschaftszweigen in Thüringen und ihre Entwicklung im Vergleich mit Vorjahresmonat, <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=lm000661%7C%7C> (Abruf: 26.07.2020)
- **(TMWAT 2011):** Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Kreativwirtschaft in Thüringen. Lage, Ansatzpunkte, Empfehlungen, https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00023650/tmwat-kreativwirtschaft-in-thueringen.pdf (Abruf 24.07.2020)
- (Verkehrswendebüro/Innovationsmanufaktur o.J.)

- **(ZeTT-Analyse 1/2020):** Martin Ehrlich: Die Fachkräftesituation in Thüringer Kindertageseinrichtungen: Berechnungen der Nachfrage und des Angebotes an pädagogischem Personal in Perspektive 2030, <https://zett-thueringen.de/wp-content/uploads/2020/05/ZeTT-Analyse-1-20-Kita-Bericht.pdf> (Abruf 24.07.2020)
- **(ZeTT-Analyse 2/2020):** Christian Schädlich, Johanna Sittel, Thomas Engel: Thüringens Corona-Flanken: Schließung des Binnenmarktes, Außenhandelsblockaden und krisenanfällige Branchen, <https://zett-thueringen.de/wp-content/uploads/2020/05/ZeTT-Analyse-2-20-Corona-Flanken.pdf> (Abruf 24.07.2020)
- **(ZeTT-Beschäftigungsradar 2020):** ZeTT-Beschäftigungsradar: Thüringer Unternehmen und Geschäftsführungen über Arbeitsvolumen, Personalsituation und Exporterwartungen im Juni 2020 (im Erscheinen)
- **(ZeTT-Dynamik-Radar 2020):** ZeTT-Dynamik-Radar: Setzt Corona die Thüringer Unternehmen in Bewegung? Unternehmen und Geschäftsführungen über neue Geschäftsmodelle, Investitionen und digitale Veränderungen (im Erscheinen)
- **(ZeTT-Radar 2020):** ZeTT-Radar: Wer kommt in Thüringen gut aus der Krise? Ergebnisse einer Geschäftsführerbefragung zu Krisenbetroffenheit, Zukunftserwartungen und Existenzsicherheit (im Erscheinen)

ZeTT – Zentrum Digitale Transformation Thüringen

📍 Ziegelmühlenweg 1 | 07743 Jena
☎ +49 (0)3641-945592
✉ forschung@zett-thueringen.de
🌐 www.zett-thueringen.de

Das Projekt „ZeTT-Zentrum Digitale Transformation Thüringen“ wird im Rahmen der Förderrichtlinie „Zukunftszentren – Unterstützung von KMU, Beschäftigten und Selbständigen bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Gestaltungsansätze zur Bewältigung der digitalen Transformation“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Weiterer Förderer: